

«Die Kampagne war schlimmer als das Resultat»

Genau zwei Jahre, nachdem das Schweizer Stimmvolk die Minarett-Initiative angenommen hat, trafen sich Betroffene und Initiativ-Gegner von damals zum Gedankenaustausch. Am Podiumsgespräch in der Heiliggeist-Kirche in Bern zeigte sich, dass Muslime in der Schweiz seit 2009 einem kräftigeren Gegenwind ausgesetzt sind. Aber auch, dass sie sich mit dieser Stimmung nicht abfinden mögen.

Von Thomas Uhland

Gekonnt haben rechtsbürgerliche Kräfte in den letzten Jahren auf der Klaviatur der Fremdenangst gespielt. Erfolgreich trieben sie einen Keil zwischen Musliminnen und Muslime in der Schweiz und viele ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Das Miteinander habe sich nach der Abstimmung zur Minarett-Initiative merklich abgekühlt, stellte Hasan Taner Hatipoglu, Präsident der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ), an einer Podiumsdiskussion fest. Die Diskussion war Teil des Begleitprogramms zu einer Wanderausstellung über Musliminnen und Muslime im Kanton Bern.

«Leute, die mich und meine Frau früher auf dem Sonntagsspaziergang selbstverständlich gegrüsst hatten, schauten uns plötzlich nicht mehr an», erzählte der Banker aus der Region Zürich. Die Weise, wie mit Muslimen heute umgesprungen werde, habe die Integrationsbemühungen weit zurückgeworfen. «Die Kampagne, die mit irrationalen Ängsten spielte, habe ich als schlimmer empfunden als das Abstimmungsresultat.»

Die Tyrannei der Mehrheit

Auch Esma Arnautovic, Studentin der Islamwissenschaft an der Universität Bern, spürt die zunehmend feindselige Atmosphäre gegenüber Muslimen. Die junge Frau trägt den Hidschab, das straff um den Kopf gelegte Tuch, das allein das Gesicht frei lässt. Früher habe ihre Bekleidung selten negative Reaktionen ihrer Umwelt provoziert, sagte sie. Doch heute werde sie im Bus oder auf der Strasse regelmässig angepöbelt.

Am Abend des 29. November 2009 seien ihm Zweifel an der direkten Demokratie gekommen, gestand Politikwissenschaftler Christian Bolliger. Er frage sich, «ob wir damit vielleicht über ein Instrument verfügen, das uns erlaubt, Minderheiten zu diskriminieren?» Betrachte man frühere Abstimmungen rund um religiöse Minderheiten, habe sich das Stimmvolk fast immer für eine schärfere, diskriminierendere Vorlage als den Vorschlag des Parlaments entschieden. Dies sei eine «Tyrannei der Mehrheit», meinte Bolliger.

Parteien stören den religiösen Frieden

Der Bundesverfassungs-Artikel 72, in dem das Minarett-Verbot untergebracht ist, regelt in den beiden ersten Abschnitten das Verhältnis von Kirche und Staat. Es gehe in dem Artikel also um den religiösen Frieden im Land, stellte Alec von Graffenried, Nationalrat der Grünen und früherer Berner Statthalter, fest. «Und plötzlich steht da ein Satz, der einer bestimmten Gruppe religiöse Bauwerke verbietet.» Eine solche Provokation – und um eine solche gehe es hier – würde man normalerweise am besten vergessen, meinte von Graffenried, wenn sie nicht in der Verfassung stünde.

Und das, obwohl seit dem Entstehen der Bundesverfassung nach und nach alle religiös diskriminierenden Artikel aus der Verfassung verschwunden sind. Heute seien es nicht mehr religiöse Gruppen, sondern «gewisse Parteien», die den religiösen Frieden störten, sagte von Graffenried.

Dies wollen die Vertreterinnen und Vertreter einer offenen Schweiz so nicht hinnehmen. Der Weg könne allein über das gegenseitige Kennen- und Verstehenlernen führen. Als Beispiel wurde etwa das Schulfach «Religion und Kultur» im Kanton Zürich angeführt. Denn der Grund für die Ängste vor dem Islam in der Bevölkerung sei die Unwissenheit, wie ein Zuhörer in der Diskussion betonte.

Die Veranstaltung in der Berner Heiliggeist-Kirche, die von rund 30 Personen besucht wurde, war Teil des Begleitprogramms zu einer Ausstellung über Musliminnen und Muslime im Kanton Bern. Diese war von den drei Landeskirchen des Kantons Bern und dem Haus der Religionen nach der Annahme der Minarett-Initiative lanciert worden.